



## Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland

---

*Uwe Backes*

- › Wenn heute von der Neuen Rechten die Rede ist, sind meist Personen und Gruppierungen gemeint, die um das in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) ansässige Institut für Staatspolitik kreisen. Protagonisten der Neuen Rechten sind u.a. Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek, Martin Sellner, Thor von Waldstein und Karlheinz Weißmann.
- › Die Neue Rechte beklagt den Verlust der einstigen Dominanz Deutschlands, verehrt den preußischen Staat unter Friedrich II. und übt Fundamentalkritik am politischen System der Bundesrepublik. Im Zentrum der Kritik steht der „Parteienstaat“, in dem Interessengruppen das Gemeinwesen ausplündern.
- › Die Neue Rechte will einen aus seiner Westbindung befreiten Nationalstaat. Der antiwestliche Nationalismus sieht Volk, Staat und Nation in notwendiger Einheit, wobei das „Volk“ als ethnokulturelle Gemeinschaft verstanden wird. Die ethnokulturelle Homogenität gilt neu-rechten Autoren als Voraussetzung „wahrer“ Demokratie.
- › Mit einem Narrativ aus Masseneinwanderung, „Überfremdung“ und Identitätsverlust beschwören die Vordenker der Neuen Rechten eine Ausnahmesituation herauf, in der Widerstand gerechtfertigt erscheint.
- › Der politische Resonanzraum der Neuen Rechten hat sich seit einigen Jahren erheblich erweitert.

## Inhaltsverzeichnis

1. Schwierigkeiten mit dem Gegenstand.....	2
2. Was eint die Neue Rechte?.....	4
3. Was trennt und unterscheidet die Neuen Rechten?.....	6
4. Wie extremistisch und gefährlich ist die Neue Rechte?.....	8
Impressum .....	11

### 1. Schwierigkeiten mit dem Gegenstand

Wer sich mit der Neuen Rechten beschäftigt, sieht sich einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber, die in dieser Form auf anderen Untersuchungsfeldern des politischen Lebens nicht auftreten. Alles „Rechte“ ist in Deutschland durch die Jahre 1933 bis 1945 und ihre Vorgeschichte so sehr verpönt, dass keine der demokratischen Parteien sich bei der Eigenzuordnung des Etiketts „rechts“ bedient, obwohl empirische Studien zeigen, dass die Rechts-Links-Unterscheidung wie in anderen europäischen Ländern ein in der Bevölkerung weithin akzeptiertes Instrument der politischen Selbstverortung geblieben ist und konservative Positionen meist rechts der Mitte angesiedelt werden.<sup>1</sup>

Die historische Diskreditierung der „Rechten“ führt unweigerlich dazu, autoritäre oder totalitäre Neigungen und NS-Affinität zu vermuten, wenn sich eine politische Gruppierung als „Rechte“ präsentiert. In einem Land, dessen politische Kultur zu einem Gutteil in der Auseinandersetzung mit den Verheerungen der NS-Zeit geformt worden ist, fällt es vielen Publizisten und Wissenschaftlern schwer, sich dem Weltbild der „Rechten“ ebenso sachlich-differenziert zu nähern wie dem der „Linken“, obwohl es auch dort nicht an kriminellen historischen Erblasten fehlt.

Eine weitere Schwierigkeit besteht im Begriff der „Neuen“ Rechten, der bereits in den 1960er Jahren als Selbstbezeichnung politischer Gruppierungen aufkam.<sup>2</sup> Blendet man die Vorgeschichte aus, ist das Phänomen mithin mehr als 50 Jahre alt. So stellt sich die Frage, ob das, was damals als neu galt, auch heute noch dessen Neuigkeitscharakter bestimmt oder ob sich die Neue Rechte gehäutet hat – und sich von der der späten 1960er und 1970er Jahre gravierend unterscheidet. Von der Neuen Linken, die damals Inspirationsquelle wie Kontrapunkt gleichermaßen war, ist heute kaum noch die Rede. Und die Alte Rechte, von der man sich damals abgrenzte (die NSDAP ebenso wie die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bei Wahlen erfolgreiche NPD), mag nicht mehr mit derjenigen identisch sein, von der sich heutige Neu-Rechte abzusetzen bemühen.

Das Etikett „Neue Rechte“ ist als Selbstbezeichnung in der Szene umstritten.<sup>3</sup> Und als Fremdbezeichnung wird es teilweise so weit und inflationär gefasst (für biologische Rassisten ebenso wie für Anhänger eines „Neoliberalismus“, was immer das heißen mag), dass seine Verwendung größeren definitorischen Aufwand erfordert.<sup>4</sup> Wie also lässt sich das Gravitationszentrum einer intellektuellen Szene bestimmen, die keine monolithische Einheit bildet, sich vielmehr schon in ihren Anfängen nahezu sektenartig zersplitterte? Klaus Schönekas hat bereits für die 1970er Jahre zwischen drei Unterströmungen der Neuen Rechten differenziert: „Nationalrevolutionäre“, „Wertkonservative“ und „Konservativ-Revolutionäre“.<sup>5</sup> Für die Erstgenannten sei die „soziale Frage“ entscheidend gewesen, weswegen sie sich stark am links-alternativen Spektrum orientiert hätten. Die „Wertkonservativen“ (und „Solidaristen“) stellten demgegenüber ökologische Fragen

Das Etikett „Neue Rechte“ ist umstritten.

(Schutz des Lebens) in den Vordergrund. Für die „Konservativ-Revolutionären“ nennt er keinen thematischen Schwerpunkt als Unterscheidungsmerkmal, sondern ihre stärkere Orientierung an der „etablierten Politik“, insbesondere dem konservativen Flügel von CDU/CSU, Vertriebenenverbänden und Burschenschaften.

Setzt man den Schwerpunkt auf die zuletzt genannte Strömung, so ließe sich deren Weltbild etwa durch eine Analyse der Zeitschrift *Criticón* rekonstruieren, die der rechtskonservative Münchener Publizist Caspar von Schrenck-Notzing von 1970 bis 1998 herausgab und in der eine der intellektuellen Schlüsselfiguren der deutschen Neuen Rechten, Armin Mohler, häufig zu grundsätzlichen Fragen Stellung nahm. Der folgende Redaktionswechsel veränderte das programmatische Profil in Richtung Wirtschaftsliberalismus, was große Teile der Leserschaft verprellte und nach einigen Jahren zum Untergang der Zeitschrift führte. *Criticón* besaß eine programmatische Schnittmenge mit der Coburger Zeitschrift *Nation Europa*, die jahrzehntelang als „das“ Integrationsorgan des „nationalen Lagers“ rechts von CDU/CSU und FDP galt. Ihr Gründer Arthur Ehrhardt (Experte für Kleinkriegsführung, ab 1944 in der Waffen-SS) förderte junge Rechtsintellektuelle ebenso wie Peter Dehoust (ehemals führend im 1961 verbotenen Bund Nationaler Studenten, Heidelberg), der die Leitung der Zeitschrift nach dem Tod Ehrhardts 1971 übernahm. Bewegte sich *Nation Europa* im Umfeld von NPD, DVU und REP, stets bemüht, sich möglichst aus den parteipolitischen Konflikten am rechten Rand herauszuhalten, setzt das 2009 ins Leben gerufene Nachfolgeorgan *Zuerst. Deutsches Nachrichtenmagazin*, seit 2011 unter der Leitung des ehemaligen *Junge Freiheit*-Redakteurs Manuel Ochsenreiter, diesen Kurs zumindest insofern fort, als es dem rechten Flügel der AfD ein Forum bietet. In dieser Funktion konkurriert *Zuerst* mit den publizistischen Formaten von *Compact* (als Nachrichtenmagazin seit 2010), dessen Schlüsselfigur Jürgen Elsässer sich vom linksextremistischen Antideutschen zum nationalistischen Superdeutschen entwickelt hat.<sup>6</sup>

Als intellektuelles Zentrum der Neuen Rechten gilt für viele professionelle Beobachter indes das im Jahr 2000 von Götz Kubitschek, Karlheinz Weißmann und anderen gegründete „Institut für Staatspolitik“, das mit zahlreichen Konferenzen („Akademien“, „Salons“), einem eigenen Verlag („Antaios“), Schriftenreihen und Handbüchern sowie einer Zeitschrift (*Sezession*) „an der Zuspitzung politischer und metapolitischer Fragestellungen“<sup>7</sup> arbeitet.<sup>8</sup> Die Bedeutung des Instituts kommt auch darin zum Ausdruck, dass publizistische Schlüsselfiguren benachbarter Organe wie Felix Menzel (Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse*, Chemnitz, erscheint seit 2004) und Martin Sellner, Kopf der „Identitären Bewegung“ nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland,<sup>9</sup> Beiträge leisten. Allerdings hat der ohne Zweifel bedeutendste Intellektuelle des Zirkels, der Mohler-Schüler und -Biograph Karlheinz Weißmann, das Institut 2014 im Streit mit Kubitschek verlassen.<sup>10</sup> Gemeinsam mit Andreas Lombard gründete er 2017 das politische Magazin *Cato*, dessen Redaktion sich in der „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin-Charlottenburg befindet, einer Einrichtung der von Caspar von Schrenck-Notzing im Jahr 2000 gegründeten „Förderstiftung konservative Bildung und Forschung“.

Als intellektuelles  
Zentrum der Neuen  
Rechten gilt das „Insti-  
tut für Staatspolitik“.

Die Veröffentlichungen des „Instituts für Staatspolitik“ sind mit den Werken Kubitscheks und Weißmanns die wichtigste Bezugsgrundlage, will man eine Skizze des Weltbildes der Neuen Rechten (im so eingegrenzten Sinn) entwerfen. Dabei muss sowohl das Verbindende wie das Trennende in den Blick genommen werden, um abschließend eine knappe Einschätzung darüber geben zu können, wie sich das so ermittelte Weltbild der Neuen Rechten mit den fundamentalen Werten und Spielregeln der Demokratie des Grundgesetzes vereinbaren lässt und welche Gefahren von ihm ausgehen.

## 2. Was eint die Neue Rechte?

Die Neue Rechte übt Fundamentalkritik am politischen System der Bundesrepublik aus nationalistischer Perspektive. Die mit dem Grundgesetz vollzogene Rückkehr des westlichen Deutschland in den Kreis der europäischen Verfassungsstaaten und die Erfolge der Demokratieetablierung und -konsolidierung auch im östlichen Deutschland erfahren kaum Anerkennung. Stattdessen dominiert das Lamento über den Verlust einstiger Größe und Geltung und eine seit „1968“ forcierte überbordende „Vergangenheitsbewältigung“, welche die deutsche Geschichte auf die Jahre 1933 bis 1945 reduziere und die herausragenden Leistungen der Deutschen der vorangegangenen Jahrhunderte missachte.

Nicht der alten Bundesrepublik, sondern dem alten Preußen werden Kränze geflochten. Was unter Friedrich Wilhelm I. (dem „Soldatenkönig“) entstand und nach ihm zu höchster Blüte geführt wurde, war ein Staat, „für den zu kämpfen sich lohnte“, die „Polis der Neuzeit“ mit einem „gelungenen Ausgleich zwischen Gemeinschaft und Einzelnem“, eine „Symbiose der athenischen und spartanischen Elemente“, „Staatsraison und individuelle Entfaltungsmöglichkeit in eine sagenhafte Balance“<sup>11</sup> bringend. Sein Sohn Friedrich (später „der Große“) schuf „den perfekten Staat und einen Mythos des Willens“, deckte das Staatsgebäude mit „Rechtsstaatlichkeit“, wies „dem Einzelnen seinen Platz“ zu und holte alles aus ihm heraus: „man zwingt ihn dazu, alles zu tun, um zu erreichen, was erreichbar ist.“<sup>12</sup> Das Prunkgemälde vergangener Größe kontrastiert grell mit dem Elendsbild der Gegenwart. Im Vergleich zu Preußens Gloria ist „unsere Zeit [...] natürlich eine dürftige Zeit, und diese Dürftigkeit wird erst dann so ganz und gar deutlich, wenn wir Preußen noch einmal beschreiben und verteidigen“.<sup>13</sup> Denn der „Wahlpreuße“ erkennt im Vergleich nichts, was rühmenswert wäre: „Wenn wir nun den sozialtherapeutischen Parteienstaat und den durchschnittlichen deutschen Jammerlappen einmal zusammendenken; wenn wir vor unserem geistigen Auge unsere politische Führung vorbeidefilieren lassen und uns vergegenwärtigen, wie groß der Haufen an Steuergeldern ist, der für die Frist meines Vortrags von dieser Führung im In- und Ausland für die fortdauernde Zersetzung der deutschen Substanz verpulvert wird; wenn wir uns weiterhin vor Augen halten, dass unser Staat nicht mehr erzieht, sondern ruhigstellt, nicht mehr an seiner Zukunft baut, sondern den hundertausendfachen Mord im Mutterleib subventioniert und einen Ersatz für die so vernichteten Konsumenten auf der ganzen Welt zusammenkratzt; wenn wir also der Ruinierung selbst der Substanz, der von Machiavelli hochgelobten, von den preußischen Regenten durchgeformten Substanz des deutschen Volkes zusehen müssen: Ist es dann überhaupt noch sinnvoll, als preußischer Typus, als Etatist und staatstragender Bürger stabilisierend zu wirken?“<sup>14</sup>

Der so despektierlich schreibt, wurde 2001 u.a. wegen publizistischer Aktivitäten dieser Art als Offizier der Reserve aus einer laufenden Wehrübung der Bundeswehr entlassen, was einen Teil der Verbitterung erklären mag. Diesem Staat könne er „nicht verzeihen, dass er meine Neigung zum Dienst, meine Neigung zur Pflichterfüllung, meine Neigung zum Respekt vor der politischen Führung gering achtet.“ So wie das Bild der Bundesrepublik, das Götz Kubitschek zeichnet, nicht aus vergleichenden Analysen, sondern aus subjektiven Eindrücken gewonnen ist, so entnimmt er auch sein Preußenbild nicht den Arbeiten seriöser Historiker, sondern der Schrift eines – von der extremen Linken zur extremen Rechten konvertierten – politischen Sektierers, des „letzten Ghibellinen“<sup>15</sup> Hans-Dietrich Sander, der in seinen *Staatsbriefen* (gegründet 1990) bis zu seinem Tod im Januar 2017 unermüdlich die Restauration der Reichsidee des Stauferkaisers Friedrich II. (1194–1250) beschwor.

Sander findet sich neben vielen anderen Sektierern vom rechten Saum in einer Galerie der „Vordenker“, die unter der Herausgeberschaft des heutigen IfS-Geschäftsführers Erik

Die Neue Rechte beklagt den Verlust der einstigen Dominanz Deutschlands und eine „Schuldmetaphysik“, die die deutsche Geschichte auf die Jahre von 1933 bis 1945 reduziert.

Die Neue Rechte übt Fundamentalkritik am politischen System der Bundesrepublik aus nationalistischer Perspektive.

Lehnert und Karlheinz Weißmanns in einem Band des *Staatspolitischen Handbuches* vor dem Auge des Lesers Revue passieren. Die Vordenker der Neuen Rechten erfahren hier dadurch Aufwertung, dass sie neben Autoren gewürdigt werden, die auch in einschlägigen Nachschlagewerken der Politikwissenschaft zu finden sind – von Hannah Arendt bis Eric Voegelin. Von den meisten wird man nicht sagen können, was ein Handbuch-Autor im Blick auf Sanders Publizistik unverblümt konstatiert: Er habe sich der „laufenden Zersetzung des liberalen Systems“<sup>16</sup> verschrieben.

Im Zentrum der Liberalismuskritik steht das Parteiwesen, das in alter deutscher Tradition geschmäht wird. Die undifferenzierte Kritik seiner angeblich omnipräsenten „oligarchischen Tendenzen“ beruft sich vorzugsweise auf autoritäre Elitentheoretiker der 1920er Jahre (wie Robert Michels und Carl Schmitt),<sup>17</sup> welche die Weimarer Republik bekämpften und mit dem italienischen Faschismus sympathisierten. Als mögliche Alternativen gelten Systeme, in denen Experten und Leistungseliten dem Gesetz der Mehrheitsregel entzogen sind.<sup>18</sup> Nur so lasse sich der Niedergang einer Gesellschaft stoppen, deren politische Klasse, infiziert durch die „Ideen von 1968“, selbst nach der deutschen Vereinigung nicht in der Lage war, die Weichen in Richtung auf eine Rückkehr zu bewährten Ordnungsprinzipien neu zu stellen. Stattdessen hielt sie an der „Westbindung“ als ideologisches Versatzstück fest, obwohl sie sich überlebt hatte, und beobachtete „missmutig“, „wie das neue Deutschland die Merkmale eines normalen europäischen Nationalstaates“<sup>19</sup> entwickelte. Die aus „der Schuldmetaphysik und der üblich gewordenen schwarzen Legende zur nationalen Geschichte“ entstandene „westdeutsche Weltanschauung“ feierte neue Triumphe, da nun auch die CDU-„Modernisierer“ in diesem Geist voranschritten und nichts taten, um sich den hybriden Plänen der linken „Fortschrittsoptimisten“ in den Weg zu stellen: die „forcierte Atomisierung, die Zerstörung aller spontanen Ordnungen durch gesetzliche Regeln, die Missachtung der Überlieferung und der kulturellen Bindungen im Gefolge eines bewusst herbeigeführten Wertezersfalls und die Diskreditierung aller quirritischen Tugenden und der Institutionen“.<sup>20</sup>

Der aus seiner Westbindung befreite Nationalstaat erscheint alternativlos, wenn es darum geht, „das Bedürfnis des Menschen nach Eindeutigkeit“ zu befriedigen und dem „Imperativ der Homogenität“<sup>21</sup> (der Autor zitiert Ernest Gellner ohne Nachweis) zu gehorchen. Der antiwestliche Nationalismus in diesem Sinne sieht Volk, Staat und Nation in notwendiger Einheit, wobei das „Volk“ als ethnokulturelle Gemeinschaft verstanden wird, deren genetische Substanz eine spezifische Identität erzeuge. Die Forschungen des Human Genome Diversity Project der Stanford University über die genetische Varianz indigener Völker entzögen jedem Versuch den Boden, so Karlheinz Weißmann, „das Vorhandensein ethnischer Identität zu leugnen“,<sup>22</sup> als sei ethnische Identität, wenn sie sich denn überhaupt vernehmbar äußert und andere identitätsbildende Elemente (wie Familie, Religion, Weltanschauung, lokale oder regionale Bindungen) überlagert, nicht überwiegend von subjektiven Faktoren abhängig, wie die Forschungen über „imaginierte Gemeinschaften“ und die verschlungenen Pfade der Nationenbildung zur Genüge gezeigt haben.<sup>23</sup>

Weißmann argumentiert normativ im Einklang mit dem Konzept des „Ethnopluralismus“, wie es der junge Nationalrevolutionär Henning Eichberg (Jahre später als Sportsoziologe in Dänemark in eher linken Organisationen engagiert, verstorben 2017<sup>24</sup>) unter französischem Einfluss 1973 in die Diskussion rechtsintellektueller Zirkel eingeführt hatte und später von Alain de Benoist, einem der Vordenker der französischen „Nouvelle droite“ (in engem Austausch mit Armin Mohler) in spezifischen Varianten propagiert wurde. Es dient Vertretern einer Neuen Rechten heute ebenso als Argumentationsgrundlage wie der NPD. An die Stelle der Rassenhierarchie (mit höheren und niederen „Rassen“) des klassischen biologischen Rassismus tritt das Nebeneinander prinzipiell gleichrangiger „Ethnien“, die ihre kulturelle Identität und schöpferische Kraft nur als intakte, weitgehend homogene Einheiten entfalten.

---

Die Neue Rechte kritisiert den „Parteienstaat“, in dem Interessengruppen das Gemeinwesen ausplündern.

---

---

Volk, Staat und Nation bilden eine Einheit, wobei das „Volk“ als ethnokulturelle Gemeinschaft verstanden wird.

---

Die ethnokulturelle Homogenität gilt neu-rechten Autoren als Voraussetzung „wahrer Demokratie“. Sie folgen der Interpretation Alain de Benoists, der die Demokratie als Herrschaft des Volkes im Sinne einer „organischen Gemeinschaft“ fasst, „die innerhalb einer oder mehrerer bestimmter politischer Einheiten (Stadtstaaten, Nationen, Kaiserreiche usw.) geschichtlich in Form gebracht wurde. Dort, wo kein Volk, sondern eine bloße Vielfalt von einzelnen sozialen Atomen ist, kann es also keine Demokratie geben.“<sup>25</sup> Können die Schweiz oder die USA nach diesem Verständnis als Demokratien gelten? Und Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande mit ihrer ganzen kulturellen Vielfalt?

Ethnokulturelle  
Homogenität gilt  
neu-rechten Autoren  
als Voraussetzung  
„wahrer Demokratie“.

Zum *melting pot* der USA wie zur Sowjetunion hielt die Neue Rechte in den 1970er und 1980er Jahren außenpolitische Äquidistanz. Dem entsprach gesellschaftspolitisch die doppelte Frontstellung gegen Kommunismus und Kapitalismus. Außenpolitisch verschoben sich die Gewichte in den folgenden Jahrzehnten nach Osten. Der Flirt mit Donald Trump dauerte nicht lange. Gemeinsame Anschauungen basierten eher auf dem ideologischen Angebot Alexander Dugins mit der Vision „Eurasiens“ von Brest bis Wladiwostok.<sup>26</sup>

Der Antiliberalismus der Neuen Rechten negiert die Idee der Menschenrechte und stellt das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem in Frage.<sup>27</sup> Die mitunter noch anzutreffende Gleichsetzung der Neuen Rechten mit „Neoliberalismus“ verrät mehr über die Kritiker als über die Kritisierten.

### 3. Was trennt und unterscheidet die Neuen Rechten?

Der „Junge Freiheit-Leser, der Sezessionist, der Burschenschafter, der identitäre Aktivist, der ‚Schläfer‘ in der Jungen Union, der harte Fußballfan mit soliden Überzeugungen, der stille Neuheide, der FAZ-Leserbriefschreiber, der evangelikale Christ, der traditionsverliebte Katholik, der AfD-Kosmopolit, der desillusionierte Problemschullehrer, der Dresdner Abendspaziergänger, der GEZ-Rebell, die Biobäuerin, der Tag-X-Heimwerker oder der IfS-Metapolitiker“ bildeten, so ein interner Kenner, eine „bunte Truppe“, die nicht selten an „Distanzeritis“<sup>28</sup> leide und sich gegenseitig das Leben schwermache.

In diesem Spektrum gibt es zweifellos gemäßigtere wie extreme Positionen. Der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke, Exponent des rechten Parteiflügels, nahm in seiner Dresdener Rede vom Januar 2017 eine Unterscheidung zwischen „inhaltlicher“ und „struktureller“ Fundamentalopposition vor. Die „inhaltliche“, die er für sich selbst reklamierte, zielt darauf, „diesen Staat [...] vor den verbrauchten politischen Alteliten zu schützen, die ihn nur missbrauchen, um ihn abzuschaffen“.<sup>29</sup> Die Fundamentalopposition sei folglich nicht „struktureller“ Natur, da sie „den Staat“ erhalten wolle. Dabei ließ Höcke bewusst im Unklaren, um welchen Staat es denn gehe, wenn die „Alteliten“ ihn abschaffen wollten. Da die Kritik an der Massenmigration im Zentrum seiner Rede stand, drängt sich der Schluss auf, dass die Ablehnung einer strukturellen Opposition sich nicht auf die Verfassungsstaatlichkeit, sondern auf die von der Neuen Rechten propagierte Einheit von Staat, Nation und (ethnisch homogenem) Volk bezieht.

Die Neue Rechte ist  
zersplittert. Im Spektrum  
gibt es gemäßigtere  
und extreme  
Positionen.

Denn Björn Höcke berief sich ausdrücklich auf einen Beitrag Frank Lissons in der *Sezession*. Darin warf dieser der Bunderegierung vor, während der Flüchtlingskrise fortgesetzten Rechtsbruch begangen zu haben. Daraus wiederum zog er weitreichende Schlussfolgerungen: „Wer hätte als Westdeutscher vor zwanzig, dreißig Jahren noch gedacht, selber einmal vor die Gewissensfrage der ehemaligen DDR-Bürger gestellt zu werden, die da lautet: Wie habe ich mich in einem Staat zu verhalten, dessen Regierung kapitale Rechtsbrüche begeht, die

Verfassung missachtet, sich willkürlich über geltende Gesetze erhebt und im Namen einer verhängnisvollen Ideologie verantwortungslose Politik gegen das eigene Volk betreibt?“

In der *Sezession* ist der schmale Grat zwischen inhaltlicher und struktureller Fundamentalopposition verbal oft überschritten worden. Als Götz Kubitschek gut zehn Jahre vor Höckes Rede in einem Interview mit der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, das Institut für Staatspolitik stelle „das System nicht in Frage“,<sup>30</sup> konterte er: „Wissen Sie, wie leicht es ist, etwas zu zerschlagen, und wie schwer, etwas Ordentliches aufzubauen?“ Doch ein Jahr zuvor hatte er an anderer Stelle selbst geschrieben: „So wie unser Staat gebaut ist, ist er kaum zu stabilisieren. In seinen Fundamenten finden sich viele Einschlüsse, die der Nation das Verderben bringen“.<sup>31</sup> An anderer Stelle bedauerte er, dass „Fundamentalopposition [...] nicht die Sache politischer Konservativer von heute“ sei. Karlheinz Weißmann stelle nicht einmal „hinter verschlossenen Türen“ die freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage, ein System, „von dem man behaupten kann, dass es seine Okkupation durch Interessengruppen zulasse, für die Parteien einen grandiosen Selbstbedienungsladen aufgebaut habe und überhaupt alles (Vermögen, Bildungsstand, Homogenität, Leistungsethos) vernutze, was uns Deutsche nach jeder Katastrophe dazu befähigte, rasch und sicher wieder auf die Füße zu kommen.“<sup>32</sup>

Wie das Konzept der „Fundamentalopposition“ lässt auch das in der *Sezession* oft bemühte des „Ethnopluralismus“ unterschiedliche Deutungen zu. Es wird von den „Identitären“ ebenso wie von der NPD propagiert. Alain de Benoist, der als einer seiner geistigen Urheber gilt, hält die Koexistenz verschiedener Ethnien unter dem Dach des Nationalstaates für legitim und wendet sich vehement gegen den Vorwurf, er habe einer Separierung der Ethnien („Apartheid“) das Wort geredet.<sup>33</sup> Die meisten Vertreter der deutschen Neuen Rechten verfolgen demgegenüber das Ziel eines ethnisch homogenen Nationalstaates. Dennoch lehnen sie den biologischen Rassismus ab. Denn das Konzept ethnischer Differenz (Ethnodifferentialismus) tritt mindestens in zwei Varianten auf: Die eine, gemäßigttere Form läuft auf eine Art Kommunitarismus hinaus, der „zwischen Nationalität und Staatsbürgerschaft unterscheidet und das Recht jeder ethnischen oder religiösen Gemeinschaft postuliert, nach ihren eigenen Rechtsnormen auf nationalem Territorium zu leben.“ Die radikale Variante zeigt sich „im Modell einer globalen Apartheid [...], demzufolge auf ein und demselben Boden, innerhalb eines Nationalstaats, nur ein einziges Volk leben dürfe, wobei Volk verstanden wird als durch Blut, Sprache, Kultur und eventuell Religion definierte Schicksalsgemeinschaft, in der die Abstammung entscheidend ist.“<sup>34</sup>

Eine geistige Trennungslinie wird sichtbar, betrachtet man das Verhältnis der von NS-affinen Gruppen ausgehenden „Volkstod“-Kampagne zum „großen Austausch“, den die „Identitären“ in Anlehnung an den französischen Schriftsteller Renaud Camus anprangern, den durch Ermöglichung von Masseneinwanderung angeblich gezielt herbeigeführten Kultur- und Identitätsverlust. Die „Volkstod“-Kampagne argumentierte biologisch-rassistisch; das deutsche Volk werde sterben, wenn die „Überfremdung“ nicht aufhöre. Die Anlehnung an die NS-Ideologie ist unübersehbar. Dagegen distanzieren sich die „Identitären“ explizit von Nationalsozialismus und Antisemitismus. Sie wenden sich vor allem gegen die „totalitäre“ „Islamisierung“, welche die europäischen Völker ihrer Kultur beraube.<sup>35</sup> Die Distanzierung vom Rassismus (Kampagnenbild: „100% identitär, 0% Rassismus“) gilt der Hierarchisierung der Völker. Doch halten die „Identitären“ an einer homogenisierenden Identitätskonstruktion fest. Selbst Martin Sellner, der den Nationalismus als universalistische Ideologie kritisiert und zurückweist, propagiert eine „ethnokulturelle Einzigartigkeit“, die sich „notwendig aus der Abgrenzung zu anderen, ebenso einzigartigen und eigentlichen Lebenswelten“<sup>36</sup> ergebe.

Masseneinwanderung führt zu Kultur- und Identitätsverlust. Das deutsche Volk stirbt, wenn „Überfremdung“ nicht gestoppt wird.

Das ethnische Reinheitsgebot, das mit dieser Vorstellung meist verknüpft ist, kann mehr oder weniger pragmatisch interpretiert werden. Eine stringente Interpretation lag dem „Ausländerrückführungsprogramm“ der NPD zugrunde: Auch „Passdeutsche“, also Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, aber „undeutscher“ Abstammung, sollten Deutschland verlassen.<sup>37</sup> Konzilianter argumentierten Götz Kubitschek und seine Ehefrau Ellen Kositzka im Interview mit dem Publizisten Thomas Wagner: Vermischung habe „an den Rändern immer stattgefunden“. Einen „blutsmäßigen Austausch“<sup>38</sup> kann es also geben, wenn die Dosis stimmt. Zu achten sei auf eine „gewisse ethnokulturelle Homogenität“; dies bedeute keineswegs „hermetische Isolierung“ im Sinne der „Rassenreinheit“, heißt es bei Martin Sellner.<sup>39</sup> Wenn jedoch, wie in den USA, nur noch 60 Prozent der Bevölkerung „weiß“ sind, mithin nach Ansicht der „rassenrealistischen“ „Alt-Right“ ein „weißer Genozid“<sup>40</sup> stattfindet, sei auch in Europa das Schlimmste zu befürchten.

Homogenisierende Identitätskonstruktionen dienen in den Kampagnen der „Identitären“ vor allem der Abgrenzung vom „totalitären Islam“. Die dabei verwendete Kreuzzugsrhetorik rekurriert jedoch, anders als bei PEGIDA und manchen rechtspopulistischen Parteien, kaum auf das Christentum. Denn viele Anhänger der Neuen Rechten sehen das Christentum im Anschluss an Alain de Benoist als Teil eines verderblichen Egalitarismus (wie Liberalismus und Sozialismus), der das ethnokulturelle Erbe Europas zerstöre.<sup>41</sup>

Viele Neue Rechte sehen das Christentum als Teil eines verderblichen Egalitarismus, der das Erbe Europas zerstöre.

Strategisch ist die Neue Rechte in der Frage gespalten, ob eine Strategie populistischer Massenmobilisierung im Rahmen des „liberalen Systems“ oder dessen metapolitische Delegitimierung im Sinne einer radikalen Alternative vorzuziehen sei. Diese müsse mit dem Mehrheitsprinzip brechen und eine neue Elitenherrschaft begründen.<sup>42</sup> Die Anziehungskraft populistischer Massenmobilisierung dürfte derzeit angesichts von Bewegungen wie PEGIDA und den Wahlerfolgen der AfD ungleich größer sein.

#### 4. Wie extremistisch und gefährlich ist die Neue Rechte?

Die Vielfalt der Positionen innerhalb der publizistischen Netzwerke am rechten Flügel des politischen Spektrums erschwert eine klare Einschätzung der Vereinbarkeit neu-rechter Ideen und Positionen mit den Fundamentalnormen demokratischer Verfassungsstaaten. Wer sich jedoch auf das geistige Gravitationszentrum des „Instituts für Staatspolitik“ mit seiner Zeitschrift *Sezession* konzentriert, hat wenig Mühe, zu einem klaren Urteil zu kommen: Die Zeitschrift und ihre Autoren üben eine wenig differenzierte Fundamentalkritik am politischen System der Bundesrepublik, die kaum Raum für reformerische Lösungen lässt. Sie berufen sich dabei vorzugsweise auf Autoren wie Oswald Spengler, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck oder Carl Schmitt, die mit ihrer Publizistik zum Untergang der Weimarer Republik beitrugen und den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigten, selbst wenn sie Distanz zur NS-Bewegung wahrten oder sogar zu deren Opfern wurden. Die Berufung auf den Widerstand des Grafen Stauffenberg indiziert Abstand zum Nationalsozialismus und seinen Massenverbrechen, eignet sich aber nicht für den Nachweis der Verfassungsloyalität, wenn zugleich mit affirmativem Ton Stauffenbergs Sympathie für die „Idee einer Volksgemeinschaft“ hervorgehoben wird, „in der jeder nach seiner Begabung und seinem Charakter seinen Platz einnehmen und ausfüllen würde“.<sup>43</sup> In der Zeitschrift selbst wird Widerstand mitunter in einer Weise legitimiert, wie sie für Extremismen jeglicher Couleur typisch ist. Die Konstruktion einer Notstandssituation dient als Rechtfertigungsgrundlage für Ausnahmemaßnahmen. So könnten politisch motivierte Straftäter sich auf Frank Lissons Beitrag zur „Fundamentalopposition“ berufen, auch wenn der Autor selbst gewaltsame Optionen nicht einmal in Betracht ziehen mag.

Die Konstruktion einer Notstandssituation dient als Rechtfertigungsgrundlage für Ausnahmemaßnahmen.



Das ethnische Reinheitsgebot, wie es der Argumentation der deutschen neu-rechten Szene meist zugrunde liegt, enthält auch in seinen pragmatischeren Varianten eine Exklusionsdrohung an die Adresse all jener, die sich ihm nicht unterwerfen können oder wollen. Mit der Idee individueller Menschenrechte ist das Konzept ebenso unvereinbar wie mit dem Geist des Christentums in seinen Hauptströmungen. Wer Schaden vom deutschen Volk (im Sinne des Grundgesetzes) abwenden will, ist gut beraten, es keinesfalls in politische Praxis umzusetzen.

Der politische Resonanzraum der Neuen Rechten hat sich seit einigen Jahren erheblich erweitert. Konstatierte das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2000 angesichts des Blättersterbens und Auflagenrückgangs am rechten Rand eine „desolate Situation rechtsextremistischer Intellektueller“,<sup>44</sup> kann davon inzwischen keine Rede mehr sein. Götz Kubitschek beschrieb die neue Lage in der *Sezession* mit triumphierendem Ton: „PEGIDA, AfD, Identitäre, das ganze publizistische und metapolitische Netzwerk – das alles hat Schockwellen ausgelöst, und weil ein Schock nicht ewig dauert, meinen die Leute vielleicht, es sei ausgestanden. Sie haben keine Ahnung.“<sup>45</sup> Auch wenn Kubitscheks Hoffnungen angesichts des hohen Konsolidierungsstandes der deutschen Demokratie enttäuscht werden dürften, erscheint es mehr denn je geboten, der neu-rechten „Metapolitik“ mit politischer Bildung im Geist des demokratischen Verfassungsstaates zu begegnen.

Der politische Resonanzraum der Neuen Rechten hat sich erheblich erweitert.

- 1 Vgl. Anja Neundorff, Die Rechts-Links-Dimension auf dem Prüfstand, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), Wählen in Deutschland, PVS-Sonderheft 45, Baden-Baden 2011, S. 234–257.
- 2 Vgl. etwa Günter Bartsch, Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg im Brsg. 1975.
- 3 Vgl. nur aus der Sicht des Junge Freiheit-Chefredakteurs: Dieter Stein, Phantom „Neue Rechte“. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Missbrauch durch den Verfassungsschutz, Berlin 2005.
- 4 Vgl. zu dieser Problematik ausführlich: Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechts-extremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
- 5 Vgl. Klaus Schönekas, Bundesrepublik Deutschland, in: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/ders., Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990, S. 218–347, hier 237.
- 6 Vgl. Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 225–240.
- 7 Selbstbeschreibung des Instituts, unter: <https://staatspolitik.de/institut/> (letzter Aufruf am 28.08.2018).
- 8 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Zeitschriftenporträt: Sezession, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 29, Baden-Baden 2017, S. 216–230.
- 9 Vgl. Karsten Grabow, Die „Identitäre Bewegung“ in Deutschland, Konrad-Adenauer-Stiftung, Informationen & Recherchen, Berlin 2016.
- 10 Zu den persönlichen wie ideologisch-strategischen Gründen vgl. Volker Weiss, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 87–89.
- 11 Götz Kubitschek, Der Wahlpreuße, in: Ders., Die Spurbreite des schmalen Grats 2000–2016, Schnellroda 2016, S. 198–210, hier 198. Zuvor erschienen als: Ders., Preußen! Und nun?, in: Junge Freiheit vom 23. Februar 2007.
- 12 Ebd., S. 202.
- 13 Ebd., S. 199.
- 14 Ebd., S. 206 f.
- 15 Vgl. Siegfried Gerlich, Der letzte Ghibelline. Über Werk und Wirken Hans-Dietrich Sanders, in: Sezession 81, Dezember 2017, S. 4–9.
- 16 Martin Lichtmesz, Sander, Hans-Dietrich, in: Erik Lehnert/Karlheinz Weißmann (Hrsg.), Staatspolitisches Handbuch, Bd. 3: Vordenker, 2. Aufl., Schnellroda 2017, S. 194–196, hier 195.
- 17 Vgl. etwa Erik Lehnert, Parteienherrschaft – und kein Ende?, in: Sezession 80, Oktober 2017, S. 18–21.
- 18 Vgl. Lutz Meyer, Eliten, Experten, Mandarine – die Zukunft der Demokratie, in: Sezession 78, Juni 2017, S. 44–47.

- 19 Karlheinz Weißmann, Die Nation denken, in: Erik Lehnert/ders. (Hrsg.), Staatspolitisches Handbuch, Bd. 1: Leitbegriffe, Schnellroda 2009, S. 155–157, hier 156 f. Die Bedeutung dieser Interpretation verdeutlicht die Tatsache, dass Weißmann die Textpassage wörtlich aus einer früheren Abhandlung übernimmt: Ders., Alles, was recht(s) ist. Ideen, Köpfe und Perspektiven der politischen Rechten, Graz/Stuttgart 2000, S. 245–248, hier 246. Der Beitrag erschien zuerst in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. April 1994.
- 20 Weißmann, Alles, was recht(s) ist, S. 246 f.
- 21 Ebd., S. 247.
- 22 Karlheinz Weißmann, Volk, in: Lehnert/Weißmann (Hrsg.), Staatspolitisches Handbuch, Bd. 1, S. 155–157, hier 156 f.; Siehe wortgleich ders., Volk – Staat – Nation, in: Ders., Alles, was recht(s) ist, S. 273–284, hier 278. Der Beitrag erschien zuerst in: Criticón 161, Januar/Februar/März 1999, S. 35–42.
- 23 Vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Berlin 1998.
- 24 „Henning Eichberg ist verstorben“, in: Sezession Online, 4. Mai 2017, unter: <https://sezession.de/57237/henning-eichberg-ist-verstorben> (letzter Aufruf am 12.08.2017).
- 25 Alain de Benoist, Demokratie – das Problem, Tübingen 2000, S. 123.
- 26 Vgl. Michael Paulwitz, Autorenporträt Alexander Dugin, in: Sezession 61, August 2014, S. 4–7.
- 27 Vgl. Benedikt Kaiser, Rechte Kapitalismuskritik in Deutschland, in: Sezession 82, Februar 2018, S. 12–19.
- 28 Autorenkollektiv unter der Leitung von Erik Lehnert, Konservative im Widerstand, oder: Du bist nicht allein!, in: Sezession 77, April 2017, S. 22–27, hier 22.
- 29 Mitschnitt der Rede Björn Höckes vom 17. Januar 2017 im Ballhaus Watzke, Dresden, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Dresdner Gespräche“, organisiert vom AfD-Jugendverband „Jungen Alternative“, unter: Compact TV, <https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw>, 57:02–1:45:40 (ca. 48 Minuten), (letzter Aufruf am 27.09.2018).
- 30 Vgl. Andreas Molau im Gespräch mit Götz Kubitschek: „Respektlosigkeit als politische Waffe verwenden“, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/2007, S. 3.
- 31 Götz Kubitschek, Der Wahlpfeil, in: Ders., Die Spurbreite des schmalen Grats 2000–2016, Schnellroda 2016, S. 198–210, hier 208. Erstmals erschienen als: Ders., Preußen! Und nun?, in: Junge Freiheit vom 23. Februar 2007.
- 32 Götz Kubitschek, Die Strahlkraft der KR, in: Ders., Die Spurbreite, S. 211–224, hier 213. „KR“ meint „Konservative Revolution“.
- 33 Vgl. das Interview mit de Benoist bei: Stein, Phantom „Neue Rechte“, S. 159–178.
- 34 Vgl. Jean-Yves Camus, Strömungen der europäischen extremen Rechten – Populisten, Integristen, Nationalrevolutionäre, Neue Rechte, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 235–260, hier 255 f.
- 35 Siehe unter <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/grosser-austausch/> (letzter Aufruf am 08.01.2018).
- 36 Martin Sellner, Ethnozentrismus, Ethnopluralismus, Universalismus, in: Sezession Online vom 19. April 2017, unter: <https://sezession.de/57017/ethnozentrismus-ethnopluralismus-universalismus> (letzter Aufruf am 07.06.2017).
- 37 Vgl. BVerfGE vom 17. Januar 2017, Rn. 694.
- 38 Zitiert nach: Thomas Wagner, Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten, Berlin 2017, S. 81.
- 39 Martin Sellner, Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, 2. Aufl., Schnellroda 2017, S. 184.
- 40 Martin Lichtmesz, Jared Taylor, Advokat der Weißen, in: Sezession 81, Dezember 2017, S. 38–43, hier 38.
- 41 Vgl. Alain de Benoist, Heide sein. Zu einem neuen Anfang. Die europäische Glaubensalternative, Tübingen 1982.
- 42 Vgl. Martin Grundweg, Demokratie von rechts, in: Sezession 60, Juni 2014, S. 11.
- 43 Götz Kubitschek, 1944, in: Erik Lehnert (Hrsg.), Staatspolitisches Handbuch, Bd. 5: Deutsche Daten, Schnellroda 2017, S. 168–170, hier 169.
- 44 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin 2001, S. 97.
- 45 Götz Kubitschek, Schleusenzeit, in: Sezession 75, Dezember 2016, S. 1.

## Impressum

### Der Autor

Prof. Dr. Uwe Backes ist stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und apl. Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Demokratietheorie, der Ideologiegeschichte sowie der vergleichenden Extremismus- und Autokratieforschung. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Publikationen, u.a. des *Jahrbuchs Extremismus & Demokratie* (mit Alexander Gallus, Eckhard Jesse und Tom Thieme; Bd. 30/2018) und *Politische Extreme* (deutsche, französische und englische Ausgaben).

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

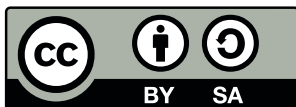
**Dr. habil. Karsten Grabow**  
Leiter AG Parteienforschung  
Politik und Beratung  
T: +49 30 / 26 996-3246  
[karsten.grabow@kas.de](mailto:karsten.grabow@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Eine Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin  
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR  
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-95721-478-2



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© Bildausschnitt von ink drop, fotolia